

Universitäts-Zugang ÖVP und SPÖ einigen sich auf Zugangsbeschränkungen für das Publizistikstudium

Publizistik-Hürden sind fix

In den anderen Fächern schlägt Karl eine Neugestaltung der Studieneingangsphase vor.

Wien. Nun ist es fix: An der Universität Wien wird die Zahl der Studienanfänger in der Publizistik im Wintersemester 2010/11 auf 1.100 festgelegt (2009/10 gab es 1.600 Anfänger), an der Uni Salzburg auf 280 (statt mehr als 500) und an der Uni Klagenfurt auf 180 (wie im Vorjahr). Zudem können die drei Unis beim Publizistik-Studium Aufnahmetests durchführen. Darauf einigen sich Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und Unterrichtsministerin Claudia Schmied. Weiter auf keinen grünen Zweig sind die Ministerinnen bei den beantragten Beschränkungen für Architektur und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität (WU) gekommen – damit bleiben diese Studien vorweithin offen.

Allerdings wollen Karl und Schmied gemeinsam eine Entlastung dieser und anderer Massenstudien ermöglichen, und zwar durch eine Neugestaltung der Studieneingangsphase („Step“).

Qualitative Selektion

Wenn es nach Karl geht, soll es in der ursprünglich ausschließlich zur Studienorientierung geplanten Phase künftig sehr wohl qualitative Selektion durch ein Aufnahmeverfahren – eine oder mehrere abschließende Prüfungen, eventuell auch mit Bewerbungsgespräch – geben dürfen. „Damit kann es gelingen, die Probleme an den Massenuniversitäten in den Griff zu bekommen und damit die

Qualität für die Studierenden und die Lehrenden zu steigern und zu verbessern“, so Karl. Auch Schmied betonte, dass an einer Neuregelung der Step „kein Weg vorbeiführt“. Studienbedingungen wie etwa an der WU seien „Darwinismus pur, so nach dem Motto: Nur der Stärkste kommt durch“. Das könne nicht der Zugang moderner Universitätspolitik sein. Aber: „Selektion, Zugang vereinen, Hinausprüfen – das geht mit der Sozialdemokratie nicht“, betonte Schmied. Wie die künftige Studieneingangsphase aussehen soll, wollen Schmied und Karl bis zum Ende des Jahres entscheiden. Und spätestens mit dem Wintersemester 2011/12 soll die neue Regelung – die zumindest eine partielle Änderung des Universitätsgesetzes bedingt, in Kraft treten.

„Situation wird crashen“

Angesichts dieser Ankündigungen weiß WU-Rektor Christoph Badelt nicht, wie er „die Situation verstehen solle“. Er habe inhaltlich nichts dagegen, den Universitätszugang über eine Studieneingangsphase zu regeln. „Aber wozu noch ein halbes Jahr warten? Die Problematik liegt am Tisch, und Ministerialbeamte können den entsprechenden Gesetzesentwurf in einer Stunde schreiben“, so Badelt, der befürchtet, „dass wir ein weiteres Jahr verlieren“. Wenn ein neues Gesetz noch vor dem Sommer beschlossen werden würde, würde ein vollständiges Inkrafttreten zwar technisch einige Zeit dauern, weil



Wollen die Studieneingangsphase novellieren: Beatrix Karl und Claudia Schmied.

auch Curricula geändert werden müssten – aber dann stünde das neue Regelwerk, und man könne sich daran orientieren.

Angesichts der zeitlichen Verstrickung seitens der Regierung fürchtet Badelt, dass die Studentenzahlen an der WU im Herbst wieder einen neuen Rekord erreichen werden. „Die Situation wird crashen.“ Die Planungen der WU seien für das kommende Semester darauf beschränkt, was die aktuelle Gesetzeslage zulasse. Und das bedeute, wieder alle Studienwerber hereinzulassen und nach intransparenten Kriterien wieder hinausprüfen zu müssen.

Generelle Kritik an der Änderung der Studieneingangsphase hagelt

es seitens der ÖH: „Bei der neuen Studieneingangsphase handelt es sich um flächendeckende Zugangsbeschränkung mit Knock-out-Prüfungen – Karl bestätigt damit unsere schlimmsten Befürchtungen“, so ÖH-Generalsekretärin Eva Maltschnig.

Karls Ansage, in der „Step“ die „Spreu vom Weizen trennen“ zu wollen, nannte die ÖH-Vorsitzende Sigrid Maurer ein Zeichen für „politische Unfähigkeit: Karls Ankündigung, die Ergebnisse des Hochschuldialogs ernst zu nehmen, ist eine Lüge“. Die Ministerin stehe für „Elitenbildung und Ausweitung im großen Rahmen“, kritisiert die ÖH und kündigt Widerstand an.

(red/APA)

KOMMENTAR

Warum spart man am falschen Ort?



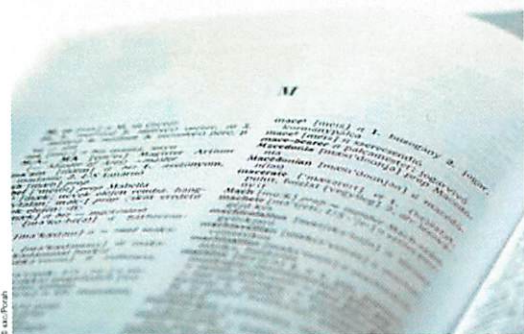
JAN WEINRICH

Seit Jahren läuft immer dieselbe Platte: Österreich mangelt es an Akademikern. Aktuell sehen wir uns aber damit konfrontiert, dass mehr und mehr Jugendliche studieren wollen. Anstatt nun in die Hände zu klatschen, sind wir aber auch nicht glücklich: Die Politik spricht von Studentenschwemme, Zugangsbeschränkungen, ungeliebten Massenstudien und überlegt sich in erster Linie, wie man die jungen Leute vom Studieren abhält, anstatt die vielen Bildungswilligen in eine höhere Akademikerquote umzumünzen. Die Wissenschaftsministerin will die „Spreu vom Weizen trennen“, Uni-Rektoren sprechen davon, dass „nach intransparenten Kriterien hinausgeprüft“ werden muss, um das Werk am Laufen zu halten und die gefährdeten Knock-out-Phasen heißen künftig politisch korrekt Studieneingangsphase. Was man da hört, klingt wie ein verzweifelter Abwehrkampf. Denn anstatt konstruktiv am Bildungsstandort Österreich zu basteln, fällt den Regierenden nichts anderes ein, als die Schlagwörter „Zugangsbeschränkung“, „Studiengebühren“ und „Mit-uns-sicher-nicht“ mantramäßig zu wiederholen. Es ist schon richtig, dass mehr Leute Publizistik inskribieren, als später einen adäquaten Job finden werden. Dieses Missverhältnis gab es aber immer schon – auch zu Zeiten von Studiengebühren. Woran es wirklich krankt, sind nicht die fehlenden 360 Euro pro Semester oder die thematischen Präferenzen der heimischen Maturanten. Vielmehr ist es die absurde Investitionspolitik Österreichs, die immer mehr zur Gefahr wird: Wer glaubt, dass man ein marodes Universitätswesen mit immer weniger finanziellen Mitteln sanieren kann, sitzt einer gefährlichen Milchmädchenrechnung auf. Denn: Zu Tode gespart ist auch gestorben.

j.weinrich@medianet.at

Kooperation „Friends of Merkur“ erhalten ausgewählte Sprachkurse beim bfi Wien zu günstigeren Konditionen

Fremdsprachenkurs aus dem Supermarkt



Fremdsprachen mittels Dictionary büffeln, ist nicht mehr zeitgemäß.

Wien. Das Geschäftsleben wird globaler. Damit wächst auch die Notwendigkeit, sich sprachlich auf die ausländischen Geschäftspartner einzustellen: Das bfi Wien versucht nun auf einem bisher eher unüblichen Weg den Geschäftsleuten – aber auch den Österreichern mit urlaubsbedingtem Fernweh –, das Sprachen lernen schmackhaft zu machen.

20 Kurse zur Auswahl

Exklusiv für „Friends of Merkur“ bietet das bfi Wien Sprachkurse zu speziellen Konditionen an: Mit 100 Merkur-Friends-Punkten erhalten diese ausgewählte Sprachkurse des bfi Wien um 99 €. Zur Wahl stehen insgesamt 20 verschiedene

Sprachkurse – wie beispielsweise Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Russisch, etc. – mit jeweils 21 Unterrichtseinheiten auf allen Niveaus. Vom Anfänger bis zum Fortgeschrittenen ist in den Kursen, die noch im Mai starten, alles dabei.

Kostenlose Einstufung

Damit man im richtigen Kurs sitzt, empfiehlt das bfi Wien zuvor einen kostenlosen Einstufungstest – online unter www.bfi-wien.at oder im persönlichen Beratungsgespräch – zu absolvieren. Die „Bildungsgutscheine“ selbst sind in allen Merkurmärkten an der Kassa erhältlich. Weitere Informationen: www.merkurmarkt.at

monster.at

Ihr neues Leben ruft“

job börse

Die Auf- und Umsteiger der Woche im Kurzporträt.

M. Novak-Chaid
HP Österreich
Michaela Novak-Chaid (39), bislang Finanzdirektorin von HP Österreich, wird neue Direktorin des Geschäftsbereichs Imaging & Printing. Sie folgt damit Christine Donner, die nach 35 Jahren Karriere bei HP in Pension geht.

Hikmet Ersek
Western Union
Hikmet Ersek (49) wird mit 1. September Präsident und Chief Executive Officer bei Western Union Company. Der gebürtige Türke mit österreichischen Wurzeln folgt damit Christina Gold, die in den Ruhestand tritt, nach.

Gerald Schnabl
Haka Küchen
Fünf neue Mitarbeiter starten bei Haka neu durch. Viele sind „alte Hasen“, wie Gerald Schnabl (56), der früher schon einmal bei Haka tätig war und nach einem kurzen Intermezzo bei Braal zu seinen Wurzeln zurückkehrt.

Brigitte Ederer
Siemens
Siemens Österreich-Chefin Brigitte Ederer soll mit 1. Juli die Leitung des Personalressorts und der Betreuung der Region Europa des Siemens-Konzerns übernehmen. Das soll bei einer ao. Aufsichtsratssitzung am 9. Juni beschlossen werden.